



AVIVO und Unia feiern gemeinsam den Erfolg der Abstimmung zur 13. AHV-Rente

Foto: Manu Friederich

Trauerspiel um der Finanzierung der 13. AHV

Als das Stimmvolk im März 2024 mit 58,25% für die 13. AHV stimmte, teilten nicht alle die Euphorie von AVIVO und ihren Verbündeten in den Gewerkschaften und den progressiven Parteien. Der kollektive Widerstand der bürgerlichen Parteien, der Industrie- und Arbeitgeberverbände sowie der Medien war gescheitert, das Volk davon zu überzeugen, diese erste bedeutende Rentenverbesserung seit Jahrzehnten abzulehnen. Kurz gesagt: Plan A war gescheitert. Im Idealfall hätten diese Kreise diesen Entscheid anerkennen und kreativ und konstruktiv an dessen Umsetzung auf einer soliden und fairen Grundlage hinarbeiten können. Leider scheint der kollektive Instinkt eher darauf ausgerichtet zu sein, immer neue Hindernisse in den Weg zu legen. Kurzum: Nun war es Zeit für Plan B.

So müssen wir einen bitteren und frustrierenden Abwehrkampf zur Wahrung der bestehenden politischen und wirtschaftlichen Landschaft miterleben – ein Kampf mit fragwürdigen Aspekten. Jahrzehntlang hat das politische

Establishment immer wieder betont, wie wichtig die Sozialpartnerschaft für den politischen und wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz sei. Diese Sozialpartnerschaft nahm ihre Rolle ernst und erarbeitete einen für Gewerkschaften und Arbeitgeber akzeptablen Kompromiss. Doch die bürgerlichen Mehrheiten im National- und Ständerat sahen darin eine Bedrohung ihrer Interessen und lehnten ihn ab, ebenso wie eine Teilfinanzierung durch Besteuerung von Finanztransaktionen.

Die Folge: Die Bevölkerung stimmt am 29. November über ein abgespecktes Paket ab. In dieser Ausgabe des AVIVO Bulletins wollen wir das Paket genauer beleuchten. Fest steht jedoch, dass AVIVO und seine politischen Partner weiterhin auf eine langfristige und tragfähige finanzielle Basis für die AHV und das übrige Rentensystem hinarbeiten müssen. Ziel bleibt: Alters- und Invalidenrenten, die nicht nur das Existenzminimum sichern, sondern auch ein Leben in Würde und Sicherheit gewährleisten.

nb

Die 13. AHV ist kein Grund für ein schlechtes Gewissen

In den letzten Wochen während meiner Beratung als Gewerkschafterin habe ich immer wieder ähnliche Sätze zur 13. AHV gehört. Manche Menschen sagen: «Eigentlich brauche ich die 13. AHV gar nicht.» Andere fügen fast entschuldigend an: «Ich habe fast ein schlechtes Gewissen.» Und viele sprechen das Thema gar nicht erst an, nicht nur, weil man über Geld nicht redet, sondern vielleicht, weil sie sich freuen, aber das Gefühl haben, sie dürften es nicht. Oder weil sie wissen, dass die Diskussion schnell ideologisch wird. Aus meiner Perspektive: Kein Mensch muss ein schlechtes Gewissen haben!

Warum? Die 13. AHV-Rente ist kein Geschenk an die Menschen, sie ist ein Ergebnis einer demokratischen Abstimmung und eine notwendige Verbesserung, auf die viele lange warten mussten. Ich behaupte, dass sozialpolitische Vorlagen es traditionell in der Schweiz oft schwer haben. Umso mehr ist dieses «Ja» ein Grund zur Freude, und nun wird mit aller Macht in die Öffentlichkeit getragen, wie schwer eine Umsetzung zu sein scheint. Bei anderen Vorlagen erlebe ich es selten in diesem Ausmass. Das «Ja» zeigt, dass eine Mehrheit der Bevölkerung erkannt hat, dass die Realität vieler Rentnerinnen und Rentner nicht mehr zu den steigenden Lebenshaltungskosten im Alltag passt und eine Verbesserung notwendig ist.

Wann wurde die AHV zuletzt wirklich verbessert? Wann hat sie mit der Entwicklung der Mieten, der Krankenkassenprämien oder der Preise Schritt gehalten? Diese Fragen stellen sich nicht zufällig. Sie machen deutlich, dass die 13. AHV nicht aus einer Laune heraus beschlossen wurde, sondern weil Handlungsbedarf bestand.

Dabei ist der Anspruch auf eine ausreichende Altersvorsorge sogar in unserer Bundesverfassung verankert. Dort steht, dass die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge den Existenzbedarf angemessen decken soll. Gemeinsam mit der beruflichen Vorsorge soll sie den bisherigen Lebensstandard in angemessener Weise sichern. Dieses Versprechen ist kein Luxus, sondern es ist ein Grundsatz unseres Sozialstaates.

In meiner Arbeit als Beraterin bei einer Gewerkschaft begegne ich regelmässig Menschen, deren Renten schlicht nicht zum Leben reichen werden, und man muss überlegen, wie man zukünftig die Fixkosten zahlen kann. Besonders häufig sind Frauen betroffen, die Teilzeit gearbeitet haben, weil sie Kinder betreuten oder Angehörige pflegten. Frauen, die ihr Leben lang gearbeitet haben und trotzdem mit einer kleinen zweiten Säule auskommen müssen. Aber auch Männer, die in körperlich belastenden Berufen gearbeitet haben und nach der Pensionierung jeden Franken umdrehen müssen. Für diese Menschen bedeutet die 13. AHV nicht mehr Luxus, sondern etwas weniger Sorgen am Ende des Jahres. Vielleicht reicht es endlich, ohne Angst die Heizkosten zu bezahlen, oder eine kaputte Waschmaschine zu ersetzen. Es geht um Würde und um ein Stück Sicherheit.

Unbestritten gibt es auch Menschen, die auf die 13. AHV nicht angewiesen sind. Aber was ist daran falsch? Sie können das Geld spenden, den Kindern oder Enkeln etwas schenken, mit der Familie fein essen gehen oder sich den Urlaub gönnen, den sie sich vielleicht lange aufgespart haben. Auch das ist legitim. Wer jahrzehntelang gearbeitet und Beiträge bezahlt hat, muss sich nicht dafür entschuldigen, dass die Gesellschaft ihr eigenes Versprechen ein Stück weit besser einlöst.

Wir sollten endlich aufhören, soziale Verbesserungen so zu behandeln, als müsste man sich dafür rechtfertigen. Niemand schämt sich für Steuervergünstigungen oder andere politische Entscheidungen, von denen oft grössere Unternehmen oder eher wohlhabende Menschen profitieren. Warum also sollten ausgerechnet Rentnerinnen und Rentner ein schlechtes Gewissen haben, wenn ihre Altersvorsorge verbessert wird?

Die 13. AHV sind keine Almosen. Sie ist Ausdruck von Solidarität. In meinen Augen ist die AHV eine wirklich solidarische Sozialversicherung, denn sie ist nach oben gedeckelt. Und sie erinnert uns daran, dass soziale Sicherheit nicht vom schlechten Gewissen derjenigen abhängen darf, die sie brauchen oder denen sie zusteht.

vb



www.guitarplayer.ch

Gitarrenschule
Christian Karrer
Binningen und Basel
Tel. 0041 78 832 33 90
info@guitarplayer.ch

**Gitarrenunterricht
für jedes Alter
von 5 bis 99+**



Wissen authentisch & emotional vermitteln.

Wir machen professionelle Filme für KMUs. Schauen sie sich Videoporträts unter denkweisend.ch an.

Wollen Sie ein Filmprojekt umsetzen? Melden Sie sich: tim@denkweisend.com

denkweisend creative GmbH

JA zur Zusatzfinanzierung für die 13. AHV-Rente!

Die AHV braucht das Geld. Deshalb sage ich zähneknirschend JA zur Finanzierung der 13. AHV-Rente über eine höhere Mehrwertsteuer von 8,1 auf 8,5%. Es war ein hartes Ringen und ich hätte mir eine Finanzierung über Lohnprozente gewünscht, neben einer Steuerfinanzierung die fairste und sozialste Form. Aus ideologischen Gründen lehnten SVP, FDP und GLP aber ab.

Im Dezember 2026 wird die 13. AHV-Rente erstmals ausbezahlt – der jahrelange Abwärtstrend durch die sinkenden Pensionskassenrenten wurde damit gedreht. Die Renten steigen stark – besonders für Pensionierte mit tiefen Renten, die vorwiegend von der AHV leben. Auch wer Ergänzungsleistungen bezieht, erhält mehr Geld.

Die AHV ist die sozialste Altersvorsorge, erkämpft von den Gewerkschaften und Linken, bei der Einführung 1948 noch mit Unterstützung der Liberalen und Konservativen. Sie galt als «Fairnesspaket» und von bürgerlicher Seite wurde anerkannt: Wer einen tiefen Lohn hat, kann sich nicht eigenständig eine würdige Rente erarbeiten, wer aber einen hohen Lohn hat, kann etwas zur Aufbesserung der tiefen Renten leisten. Die AHV wird deshalb zu über 70% aus Lohnprozenten, rund 20% aus Bundesgeldern und aktuell 8,6% aus der Mehrwertsteuer finanziert.

Auch Bezügerinnen von Millionensalären müssen denselben prozentualen Anteil an AHV-Beiträgen bezahlen wie Tieflohnbezügerinnen und erhalten trotzdem nur die Maximalrente von aktuell Fr. 2520.– pro Monat; das sorgt für eine gewisse Umverteilung. Äusserst fair und gerecht! Mit dem JA zur 13. AHV-Rente ist es erstmals seit 1975 gelungen, die AHV-Renten deutlich zu erhöhen. Entsprechend geschockt reagierten viele Bürgerliche – deutlich sichtbar in der hartnäckigen Diskussion zur Finanzierung.

Die 13. AHV-Rente kostet 1/12 der heutigen Ausgaben. Ohne diese wären die AHV-Finzen fast ausgeglichen, deshalb braucht es eine Zusatzfinanzierung von rund 0,8 Lohnprozenten oder 1% MwSt. Prognosen zeigen, dass die Zahl der Pensionierten bis 2035 um rund 25% steigen wird, nicht gleichermassen aber die Erwerbsbevölkerung. Das Umlageergebnis fiele ins Negative und liesse den AHV-Fonds auf tiefe 70% sinken. Das erhöht den Finanzierungsbedarf zusätzlich.

Wir Rot-Grünen plädierten für eine Finanzierung über Lohnprozente, hatten aber keine Chance. Viele Bürgerliche vertraten kategorisch eine Rentenalter-Erhöhung, obwohl diese erst 2024 klar abgelehnt wurde. Nicht einmal eine Mischfinanzierung fand eine Mehrheit, einzig die reine Mehrwertsteuer-Variante kam knapp über die Runden. Wir konnten zumindest die Erhöhung sozialverträglicher ausgestalten. Der reduzierte Satz für lebensnotwendige Güter bleibt bestehen. Der erhöhte Satz belastet vor allem teure Konsumgüter, wie Autos, Schmuck oder Uhren. Weil sich die Oberschicht diese Güter leisten kann, bezahlt sie auch deutlich mehr Mehrwertsteuer. Weiter zahlen Banken und

Versicherungen mit rund 10%, Tourist*innen mit 10% oder Vermieter*innen beim Bau bzw. Umbau von Liegenschaften ihren Beitrag, den sie den Mieter*innen nicht überwälzen können. Rund 60% der MwSt.-Einnahmen stammen von Konsument*innen, vor allem von denjenigen mit hohem Einkommen.

Die Zusatzfinanzierung verhindert rote Zahlen in der AHV und nimmt den Druck von den Leistungen und eine Erhöhung des Rentenalters. Eine bessere Finanzierung ist nicht absehbar. Mit der 13. AHV haben wir aber real höhere Renten in der fairen und sozialen AHV, die eine Umverteilung von oben nach unten bewirkt. Dieses Prinzip muss weiter gestärkt werden bis zur Umsetzung des Verfassungsauftrags: «Angemessen existenzsichernde» AHV-Renten für alle!

Es wird ein harter Abstimmungskampf. Viele Bürgerliche hoffen auf ein Nein, um die Rentenalter-Erhöhung erneut auf den Tisch zu bringen. Nein, danke! Und statt Diskussionen über das Finanzloch in der AHV zu führen, will ich mich lieber für höhere Renten – speziell bei den Minimalrenten – engagieren können. Stärken wir also die AHV mit einer zwar nicht optimalen, aber tragbaren Vorlage und sagen JA zur Finanzierung am 29. November 2026! **Katharina Prelicz-Huber, Nationalrätin GRÜNE**

Gesundheit

unser höchstes Gut



Wandern ist gesund und hält uns fit. Jeden Mittwoch bieten wir leichte Wanderungen an. Unser detailliertes Programm finden Sie unter:

<https://naturfreunde-bs.ch/aktivitaeten>

Naturfreunde
Basel Riehen

Alles wissenswerte unter: <https://naturfreunde-bs.ch>

's Märtplatz-Drämmli rettet uns vor Lifestyle-Eliten



Beat Leuthardt

Ein Gschänggli für uns alle! Wir bekommen es in einigen Tagen, am 17. Oktober. Dann, endlich, können wir mit dem Drämmli wieder zum Märtplatz und zur Innerstadt, die wir den gesamten Sommer über zwangsboykottierten, weil es ohne Tram keinen einfachen Zugang mehr für uns Alle gab.

Behörden lassen Fahrgäste leiden

Und noch ein zweites Gschänggli: 's Drämmli lässt uns am Märtplatz ebenerdig aus- und wieder einsteigen. Endlich! Denn schon seit 2023 müsste der Märtplatz stufenlos erreichbar sein; so verlangt es das Bundesgesetz. Drei Jahre lang haben die Baudirektorin und ihre Chefbesamten also dieses Gesetz gebrochen.

Und sie tun es andernorts noch immer. Sie lassen all jene leiden, die am Barfi oder an der Schiffflände weiterhin vor (vielfach unüberwindbar hohen) Einstiegshürden stehen.

Die Behörden rechtfertigen sich damit, die BehiG-Anpassungen würden halt ihre Zeit benötigen. Eine glatte Notlüge. Mit einfachen baulichen Massnahmen könnten bis heute bereits sämtliche passenden Halteanten hochgezogen sein (gewisse passen nicht, etwa am Spalantor; dafür gibt es im Gesetz eine Ausnahmeklausel).

Versteckte Kürzung der Sozialausgaben

Doch die Baudirektorin wartet bewusst zu, bis auch noch Leitungen, Schienenstränge oder weitere Infrastruktur zeitgleich anfallen. Sie nennt es «koordiniertes Verfahren» und stellt es über den Bundesauftrag. In Tat und Wahrheit sind es verkappete Sparprogramme der Regierung: Indem sie die gesetzlichen Termine missachtet und die verlangten Massnahmen aufschiebt, schmälert sie die Sozialausgaben auf dem Buckel der Allgemeinheit willkürlich um viele Millionen Franken.

So diskriminiert sie bewusst oder unbewusst all jene Menschen, denen das Bundesgesetz die ganze Stadt ganz bewusst zugänglich machen wollte, ob mit Rollator unterwegs, ob mit nachlassendem Sehvermögen, ob angeschlagen, ob auf dem Weg zur Therapie oder ob schlicht mit Gipsbein unterwegs.

Warnung vor einem vergifteten Geschenk

Aber Achtung auf ein weiteres Geschenk – ein vergiftetes. Abgehobene reiche Männer wollen das Tram aus der Innerstadt herausreissen, mitsamt seinen Schienen und der Wendeschlaufe an der Schiffflände. Deren Tramabschaffungsinitiative, derzeit bei den Behörden, ist alters- und be-

hindertenfeindlich. Und für Tout Bäle brandgefährlich. Deren Text verlangt: Märtplatz ohne Tram. Barfi ohne Tram (Schienen wären nur noch am Kohlenberg und im Raum Theater-Steinenberg erlaubt). Und Schiffflände ohne Tram (auch die Wendeschlaufe müsste weg, Schienen wären nur noch am Blumenrain erlaubt).

Das Tram schützt vor Gentrifizierung und Preistreiberei

Ohne Tram wäre unsere Alltags-Innerstadt schachmatt. In den Strassen und Gassen würde sich eine Lifestyle-Elite breitmachen. Ein mobiles, wohlhabendes Premium-Publikum würde die Preisspirale antreiben. Die Visualisierungen der Reichen in deren Propaganda lassen daran keine Zweifel.

Das dürfen wir nicht zulassen. Die Innerstadt ist für alle da. Sogar für die, die (noch) «zwäg» sind. Für die, die einfach auf dem schnellsten Weg vom Kleinbasel zur Heuwaage wollen, oder von Riehen zum Theater. Und auch wer einfach aus dem Tramfenster hinaus etwas Innerstadt-Luft schnupern will, soll dies tun können. Niemand will schliesslich weite Umwege fahren.

Keine Lifestyle-Eliten, kein Downgraden der Innerstadt!

Auch die Innerstadt-Geschäfte hängen von den Haltestellen ab: Ohne Barfi, ohne Märtplatz und ohne Schiffflände/Fischmarkt fehlen jene 10, 50, 100 Menschen, die heute als Tramfahrgäste im Minutentakt aus- und einsteigen.

Falls wir die Tramlinien samt Schienen und Schifffländeschlaufe entfernen, enteignen wir uns selbst. Und downgraden unsere Stadt. Wir sollten keinerlei (faule) Kompromisse zulassen. Wir sollten mit aller Macht verhindern, dass die Basler Innerstadt für uns unerreichbar wird, und der Märtplatz zur Premium-Zone verkommt. Beat Leuthardt, alt Grossrat



Schon vor 90 Jahren unvorstellbar: Ein Märtplatz ohne Drämmli. Bild: 1935-1940, aus dem Jubiläumsband I des Basler Mieterverbands.

Nach dem heissen Sommer



Wir haben einen beängstigten Sommer hinter uns. Ebenso beängstigten wie die Hitze und die Folgen der Hitze war

das Schweigen der Behörden und unserer Regierung. Bis dann Ende August eine breite Begeisterung für Klimaanlagen ausbrach und Herr Röstli die Kürzung der Beiträge für die Anpassung des Waldes an den Klimawandel zurücknahm und eine einmalige Unterstützung für die Landwirtschaft beschloss. Keine Frage, in Spitälern, in Alters- und Pflegeheimen und in Schulen müssen erträgliche Temperaturen herrschen, allenfalls auch mittels Klimaanlagen. Es gibt aber bessere Möglichkeiten das Mikroklima der Stadt zu verbessern als flächendeckende Klimaanlagen. Wir kennen sie: Entsiegeln, Bäume. Dass Bundesrat Röstli am Netto Null Ziel für 2050 festhalten will, ist wenig beruhigend. Wie heiss werden die Sommer bis 2050 werden? Mich hat das alles sehr beunruhigt.

Ich habe mich daran erinnert, wie beeindruckt ich war vom Buch «Die Grenzen des Wachstums» vom Club of Rome

1972. Sicher haben es auch viele AVIVO-Mitglieder damals gelesen. Der Club of Rome war ein internationaler Zusammenschluss von Wissenschaftlern. Der Bericht von Donella und Dennis Meadows zeigte auf, dass die fossilen Energien begrenzt sind und mit der Zunahme von Umweltschäden durch die fortschreitende Industrialisierung den Wachstum der Wirtschaft begrenzen werden. Das Buch hat in den siebziger Jahren vehemente Diskussionen ausgelöst.

Heute geht es nicht nur darum, dass die fossilen Energien begrenzt sind – sie sind begrenzt, aber sie werden mit immer grösserem Aufwand und politischen Druck ausgebeutet –, sondern es geht darum, den Gebrauch der fossilen Energien zu beenden.

Dazu muss gesichert sein, dass Bund und Kantone, unsere Pensionskassen, Stiftungen und unsere Nationalbank kein Kapital in fossile Energie investieren. Wir müssen die Macht der weltweiten Rohstoffkonzerne, Landwirtschaftskonzerne, Energiekonzerne eingrenzen, wie es die Konzerninitiative verlangte. Das wird und soll die Wirtschaft verändern. Wir müssen eine nachhaltige Wirtschaft und Landwirtschaft fördern, mit unseren Geldern, mit Gesetzen, mit Projekten, in der Schweiz, in Europa und global.

Antoinette Voellmy

Neue Wurzeln bilden

Buchbesprechung von Dagmar Brunner



Sie stammen aus Peru, Syrien und Polen, aus der Ukraine, Sri Lanka und dem Kongo, aus Finnland, Äthiopien und der Türkei: Die neun Frauen verschiedener Generationen, die in einem Sammelband von ihren vielfältigen und bewegenden Erfahrungen berichten. Aus ganz unterschiedlichen Gründen sind sie in die Schweiz

gekommen, sei es als Arbeitskraft, im Rahmen eines Familiennachzugs oder als Flüchtende vor Krieg, Umweltzerstörung oder politischer Verfolgung – und haben versucht, hier neue Wurzeln zu bilden. Was das konkret bedeutet, können sich viele «Hiesige» kaum vorstellen. Umso wichtiger ist es, dass Betroffene selbst davon erzählen und so differenzierte Einblicke in ihr Leben vermitteln.

Das Buch ist aus dem «Café International» hervorgegangen, das Heike Wach 2011 in Muttenz gegründet hat, mit dem Ziel, den Austausch und die Vernetzung von Frauen aus aller Welt zu fördern, unter anderem mit Kinder-, Fitness-, Film- und Kochprojekten. Mit zehn ausgewählten Frauen zwischen

40 und 85 Jahren konnten die Herausgeberinnen von 2021 bis 2024 vertiefte Gespräche über ihre Herkunft, die Motive ihres Weggehens und ihr Ankommen am neuen Ort führen. In Absprache mit den Protagonistinnen wurden die Interviews sodann bearbeitet und ihr individueller Wortklang möglichst beibehalten. Obwohl sie oft Belastendes erlitten haben, zeugen ihre Texte keineswegs nur von Schwierigkeiten, sondern von Mut und Durchhaltewillen, Hoffnung und Solidarität. Das zehnte Porträt wurde freilich wohl aus Furcht vor der Veröffentlichung zurückgezogen, was verdeutlicht, wie fragil die Situation für manche Zugezogene ist.

Die neun Porträts werden ergänzt durch vier Essays von Expertinnen der Schweizer Migrationspolitik und zeigen die komplexe Rechtsprechung auf. Zahlreiche weiterführende Informationen und Publikationen runden den Band ab, der dazu einlädt, andere Lebensumstände kennenzulernen und vielleicht auch Vorurteile zu revidieren.

«Was ich anderen erzählen möchte – vom Weggehen und Ankommen». Frauen erzählen von ihren Migrationserfahrungen und ihrem Leben in der Schweiz. Hrsg. Heike Wach, Cécile Speitel, 176 S. mit Fotos, Pb., Books on Demand BoD, 2025, ISBN 978-3-7693-0737-5, www.progender.ch

Jung und alt gemeinsam gegen Altersdiskriminierung!

25'770 Stimmen gegen Altersdiskriminierung erreichen das Bundeshaus

Die VASOS, der Dachverband Aktiver Seniorinnen- und Seniorenorganisationen, hat am 15. Juni gemeinsam mit der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände SAJV 25'770 Unterschriften gegen Altersdiskriminierung an Bund und Parlament übergeben. Unterstützt wird die Petition von 32 Organisationen, inklusiv AVIVO Schweiz, sowie von 46 namhaften Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik.

Die generationenübergreifende Allianz macht deutlich: Altersdiskriminierung betrifft Jung und Alt. Benachteiligungen zeigen sich unter anderem im Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche, im Versicherungswesen, im digitalen Raum sowie in der Gesundheitsversorgung.

Die Schweiz muss ihrer verfassungsmässigen Verpflichtung nachkommen und das Verbot der Diskriminierung aufgrund des Alters umsetzen. Die Botschaft der VASOS und der SAJV lautet: Der Schutz vor Diskriminierung ist ein

Grundrecht und darf nicht vom Lebensalter abhängen. Sie fordern daher mit der Petition:

- Einen nationalen Aktionsplan gegen Altersdiskriminierung
- Gesetzliche Grundlagen und wirksame Massnahmen
- Eine zentrale Fachstelle für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft

Unter den Redner:innen war Katharina Prelicz-Huber, Präsidentin von AVIVO Zürich und Nationalrätin (Grüne), die sagte: «Junge werden nicht ernst genommen, weil es ihnen an Lebenserfahrung fehle. Ältere, weil sie die neusten Entwicklungen nicht mitbekämen. Junge haben während des Studiums Schwierigkeiten, bezahlbaren Wohnraum zu finden, Ältere, weil die zu tiefe Rente nichts Angemessenes ermöglicht.»

(VASOS)

Besuch in «Freidorf»



Die Siedlungsgenossenschaft «Freidorf» in Muttenz ist eine eindrucksvolle Leistung der Wohngenossenschaftsbewegung, gegründet 1919 von Angestellten des VSK (heute Coop). Mit grosser Unterstützung des VSK ist eine Gartenstadt, entworfen vom Architekten Hannes Meyer, mit 150 Reiheneinfamilienhäusern entstanden. Jedes Haus mit eigenem Garten, Badzimmer, Elektrizität, fliessend warmem und kaltem Wasser. Alles in starkem Kontrast zu den damals herrschenden Bedingungen in der Industriestadt Basel.

Im letzten Juni nahmen über 20 Mitglieder von AVIVO Nordwestschweiz an einer Führung unter der kundigen Leitung von Philipp Potocki durch die Siedlung teil. Herr Potocki, ein Freidorf-Bewohner seit 1987, erklärte die Geschichte der Entstehung und Entwicklung der Genossenschaft während des letzten Jahrhunderts. Es gab eine lebendige Diskussion zwischen Herrn Potocki und den Teilnehmer:innen über das Freidorf und die heutige Situation der Wohngenossenschaftsbewegung. Trotz der Hitze war es ein lohnender Nachmittag an einem spannenden Ort.

nb

AVIVO präsent in Münchenstein



AVIVO Nordwestschweiz möchte weiterhin wachsen, auch im Kanton Basel-Land. Nach der Teilnahme an der Seniorenmesse in Liestal 2025 war sie auch an der «Infomarkt 55+» in Münchenstein präsent. Neben Infoständen von mehreren Organisationen und Institutionen hielt die Gerontologin Anita Schürch ein Referat zum Thema «Luege fürenand», ein Plädoyer für die Zusammenarbeit und das Miteinander der Generationen.

Der Stand lockte zahlreiche Besucher an, was zu angeregten Gesprächen führte. Wir konnten ausserdem einige nützliche Kontakte zu anderen Organisationen knüpfen. Leider hören wir immer noch viel zu oft die Frage: «AVIVO – was ist das?» Deshalb werden wir weiterhin daran arbeiten, die Organisation in der Öffentlichkeit bekannter zu machen. Die Seniorenmesen sind ein idealer Ort dafür.

nb

Neumitgliederanlass

Über zwanzig kürzlich aufgenommene AVIVO-Mitglieder trafen sich im Juli mit fünf Vorstandsmitgliedern zum zweiten Neumitgliedertreffen im Innenhof des Restaurants «zum Rebhaus». Nach einer kurzen Einführung in Geschichte und Ziele von AVIVO (vor allem die Sicherung einer guten und finanziell abgesicherten Altersvorsorge) konnten die Mitglieder ihre Motivation für den Beitritt schildern. Fast die Hälfte der Antworten gab «persönlichen Kontakt» an, während ein weiteres Viertel den Kontakt über unseren Stand am 1. Mai und auf dem Marktplatz 55+ nannte. Die Botschaft «Renten verbessern – AVIVO stärken – Mitglieder werben» scheint also weiterhin aktuell zu sein. Die breite Palette an beruflicher Erfahrung unter den neuen Mitgliedern ist beeindruckend. Wir haben auch einige Hilfsangebote für unsere Aktivitäten bekommen. Es ist klar, dass diese Veranstaltung mindestens einmal jährlich fester Bestandteil unserer Aktivitäten werden wird, da es offensichtlich für neue Mitglieder eine gute Möglichkeit ist, sich aktiv zu integrieren.

Unser Dank gilt allen, die die Veranstaltung ermöglicht haben, den teilnehmenden Mitgliedern und dem Restaurant für ihre Unterstützung. *nb*

Andreas Gerster

Andreas Gerster hat den AVIVO-Mitgliedern über viele Jahre hinweg mit seiner kostenlosen Beratung und Hilfe zu Windows- und Android-Betriebssystemen einen unschätzbaren Dienst erwiesen.

Nun möchte Andreas seine Freizeit geniessen und steht für diesen Service nicht mehr zur Verfügung. Ihm gebührt ein herzliches Dankeschön von AVIVO und seinen Mitgliedern. AVIVO sucht daher nun einen ehrenamtlichen Nachfolger. *nb*

Renten verbessern – AVIVO stärken – Mitglieder werben!

www.avivo-basel.ch/anmeldeformular



«Rheinfelderhof» adieu

Das Restaurant «Rheinfelderhof» an der Clarastrasse in Basel baut den Versammlungssaal im ersten Stock zu Hotelzimmern um. Der Raum diente in den letzten Jahrzehnten unzähligen AVIVO-Treffen und Generalversammlungen und wurde aufgrund seiner Nähe zu einer Tramhaltestelle, dem Lift, der unkomplizierten Bedienung und der kostenlosen Nutzung sehr geschätzt. Im Erdgeschoss steht zwar ein deutlich kleinerer Raum zur Verfügung, der sich aber bisher für unsere Bedürfnisse als nicht optimal erwiesen hat und wir uns daher nach neuen Räumlichkeiten umsehen müssen.

Wie die Mitglieder wissen, haben wir das «QUBA» in der Bachlettenstrasse für den Neujahrsapéro genutzt und uns dort wohlfühlt. Das offene Singen im Dezember findet im Restaurant «zum Rebhaus» statt, wo wir auch bei verschiedenen anderen Veranstaltungen sehr herzlich empfangen wurden. Die GV 2026 fand im Gewerkschaftshaus statt, das sich leider als ungeeignet erwies. Generell muss jedoch gesagt werden, dass die Anzahl kostengünstiger Veranstaltungsorte, die für eine Mitgliederorganisation geeignet sind, abnimmt. *nb*

Buchhandlung Waser

Rümelinsplatz 17, 4001 Basel
Tel. 061 261 02 89
buecher-waser@bluewin.ch

Unsere Öffnungszeiten:

Mittwoch bis Freitag:
10.00 - 13.00 14.30 - 18.30
Samstag:
10.00 durchgehend bis 17.00



DISCOUNT PRINT BASEL

Die Druckerei mit persönlicher Beratung. Schnell, zuverlässig und unkompliziert. Für Ihre Drucksachen.

Discount Print Basel
Grenzacherstrasse 34
CH - 4058 Basel

Tel. 061 691 61 33
druck@discountprint.ch

Kulturtipps



Foto: modesammlung.ch

Modesammlung

Dorfstrasse 101, 4813 Uerkheim

Öffnungszeiten: Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat

150 Jahre – 150 Kostüme / Dauerausstellung

Eine spannende Zeitreise der Modegeschichte – in einer ehemaligen Kapelle. Von der gestrickten Unterhose zum Dior Kleid und eine sehr umfangreiche Palette an Schuhen, Hüten und allerlei Accessoires aus vielen Jahrzehnten.



Foto: Kunstmuseum Basel

Kunstmuseum

St. Alban-Graben 16, 4010 Basel

Di 10–18 Uhr / Mi 10–20 Uhr / Do–So 10–18 Uhr / 19. 9. 2026–7. 2. 2027

Van Gogh, Hodler und ein Cabriolet

Die Sammlerin und Pionierin Gertrud Dübi-Müller war eine der bedeutendsten Kunstsammlerinnen der Schweiz, passionierte Fotografin, Bergsteigerin, Autofahrerin, und sie stand Modell für Ferdinand Hodler. Das Kunstmuseum zeigt die erste umfassende Ausstellung über die Sammlerin (1888–1980) mit rund 80 Werken von renommierten Künstlerinnen aus ihrer internationalen Sammlung.



Foto S. Schaub

Museum Tinguely

Paul Sacher Anlage 1, 4002 Basel

Di–So 11–18 Uhr, 23. 9. 2026–7. 3. 2027

Zilla Leutenegger: Zwischenraum/Hindurch- zuschauen

Die Künstlerin präsentiert in der Ausstellung zehn ihrer multimediale Installationen sowie eine Anzahl Monotypien. Es sind Einblicke in eine geheimnisvoll bewohnte Architektur und Skizzen eines Lebens.

Zentrum Paul Klee

Monument im Fruchtländ 3, 3006 Bern, Di–So 10–17 Uhr/ 18. 7. 2026–20. 9. 2026

Anne Loch Malerei: na und?

Die deutsche Künstlerin Anne Loch (1946–2014) malte monumentale Bilder von Bergen, Blumen, Tieren und Insekten. Sie spielte mit den Grenzen zwischen Gegenständlichkeit und Abstraktion, zwischen Traum und Wirklichkeit, zwischen Malerei und Zeichnung.



Foto: Hans Bühler

Anna Göldi Museum

Fabrikstrasse 9, 8755 Ennenda/Glarus

Mi–So 13.30–18 Uhr, April–November, Winter geschlossen

Anna Göldi/Dauerausstellung

Das Museum erzählt die Geschichte einer Glarner Dienstmagd - eine Geschichte von Folter, Verzweiflung und Tortur. Vor 244 Jahren wurde Anna Göldi Opfer eines Glarner Justizmords, sie wurde der Hexerei bezichtigt und hingerichtet, weil sie zuviel wusste, weil sie die göttliche Ordnung störte und weil sie eine Frau war.

Impressum:

AVIVO Region Basel, 4000 Basel, Postkonto: IBAN CH30 0900 0000 4002 5701 1, Website: www.avivo-basel.ch, E-Mail: info@avivo-basel.ch, Präsidium: Nick Bramley 078 753 70 10, Vizepräsidium: Roberto Mascetti 079 420 71 17, Redaktion: Ruth Waldvogel (rw), Vanessa von Bothmer (vb), Nick Bramley (NB), Lektorat: Lilo Veltman, Gestaltung, Layout und Inserate: Daniel Schaufelberger, Redaktionsschluss: 29. August 2026, Druck: Discount Print Basel